

Denunziationen in Südtirol.

Innsbruck, 10. Nov. Die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, daß in den letzten Tagen im Zusammenhange mit der „Verschwörung“ gegen Mussolini in allen Südtiroler Städten zahlreiche Verhaftungen erfolgt seien. Es wurden über hundert Personen, meistens nur auf Grund von Denunziationen, verhaftet. Es befinden sich darunter Geschäftsleute, Beamte, Lehrer und Geistliche. Die Verhaftungen erfolgten mit großer Rücksichtslosigkeit. Die davon Betroffenen wurden vielfach nachts aus ihren Wohnungen geholt und auf die Präfektur oder zum Karabinieriposten gebracht. Ein Teil der Verhafteten mußte allerdings bald wieder entlassen werden, da sich die völlige Grundlosigkeit der Verdächtigungen ergab. Der Zustand ist aber heute so, daß niemand weiß, wie es mit seiner Sicherheit bestellt ist.

Rom, 9. Nov. Nach einem heute vom Ministerratspräsidium veröffentlichten Bericht darf die Presse, „damit die Untersuchung über die Vorbereitung des Komplottes gegen Mussolini nicht gestört werde“, nur mehr solche Nachrichten veröffentlichen, die von der offiziellen Agentur Stefani ausgehen werden. Damit erscheint die Attentatsaffäre für die Presse vorläufig abgeschlossen. Die gerichtliche Untersuchung soll möglichst beschleunigt werden, so daß der Prozeß gegen die Attentäter dieselbe noch vor dem Matteotti-Prozeß stattfinden könnte. Die Arbeiterkammern von Mailand und Monza sind durch ein Dekret aufgelöst worden. Die Partei der Popolari soll in einer Geheim Sitzung beschloffen haben, an den Beratungen des Parlamentes wieder teilzunehmen.

Die sozialistische Arbeiterinternationale gegen Mussolini.

Berlin, 11. Nov. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf der Arbeiterinternationale an die italienischen Sozialisten, in welchem unter Hinweis auf das Verbot der sozialistischen Partei Italiens und das Verbot ihres Organs „Lustizja“ am Vorabend des Prozeßes gegen die Mörder Matteottis die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Sozialisten Italiens weiter an der Wiederauferstehung der proletarischen Bewegung Italiens arbeiten würden.

Italiensfeindliche Kundgebungen.

Belgrad, 10. Nov. Aus Ragusa wird gemeldet: Gestern Abend zogen Jugendliche vor das italienische Konsulatsgebäude und verlangten die Rückgabe von Friaun und Jara. Der Polizei gelang es, die Menge auseinanderzutreiben. Ähnliche Kundgebungen fanden auch in Spalato statt, wo bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten einige Demonstranten leicht verletzt wurden. Etwa 20 Personen wurden verhaftet.

Die Lage in China.

Peking, 10. Nov. Die Wudener Kavallerie Eschangtschun ist in der Umgebung Pekings, die der Gerichtsbarkeit Fenghuangssiang untersteht, vorgerückt und hat mehrere Städte in Nähe von Lungschau besetzt. Die Streitkräfte Fenghuangssiang sind zurückgegangen, ohne sich mit den Wudener Truppen in ein Gefecht einzulassen. Sie treffen Vorbereitungen, um Lungschau zu räumen.

Bothmerprozeß.

Der heutige Tage im Potsdamer Bothmer-Prozeß war ganz ausgefüllt durch weitere Zeugenvernehmungen, die ziemlich eintönig verliefen. Als erster kam der Kriminalassistent Rüdiger zu Wort, der eine Zeitlang im polizeilichen Überwachungsdienst tätig war und die Gräfin in verschiedenen entscheidenden Tagen beobachtet hat. Ihm folgt die Portierfrau der Bothmers, Frau Anna Springe. Auf die Frage, was sie für Beobachtungen gemacht und ob sie der Angeklagten mitgeteilt habe, daß sie von der Kriminalpolizei beobachtet wurde, erwiderte sie: „Niemand. Ich habe geschwiegen wie ein Grab.“ Um gleich darauf hinzuzufügen: „Oder ja doch ich habe es allerdings nur zu Frau Justizrat Pinf gesagt.“ Ihr folgt die Zeugin Frau Feurin Lucas, bei der die Angeklagte Kundin war, und — der sie mehrere Zettel, Blätter und eine Decke zum Preise von 40 Mark verlor.

Es werden dann noch weitere Versuche der Gräfin ihr Kriftall zu verkaufen, behandelt, und für diese Dinge wird die Büroangestellte Semmler vernommen. Die Gräfin Bothmer führte sich nach deren Aussagen regelmäßig bei den Annehmern mit dem Vorwand ein, sie handle im Auftrage einer Frau Raubinger, deren Mann in den Alpen abgestürzt sei, und die nun Gegenstände ihres Haushaltes verkaufen möchte.

Die nächste Zeugin Elise Petric hat 6 1/2 Jahre im Bothmerschen Hause die Wäsche und Schneiderarbeiten besorgt. Sie wird namentlich über den Punkt vernommen, ob in der Bothmerschen Wäsche nicht auffallend weisse aus gewissen Stellen Monogramme entfernt worden seien. Umfangreiche Aussagen macht auch das bei den Bothmers bedienstete gewesene 18jährige Hausmädchen Irma Schulz. Sie streift die Nähe der Beziehungen zwischen der Gräfin und dem Polizeihauptmann Hester, die sie bestätigt. Die Schulz ist mehrfach von der Kriminalpolizei zu weiteren Ermittlungen benützt worden, während sie noch im Dienst stand. Dann kommt Schneidermeister Joseph Schiller an die Reihe, dem durch die Schneider Hauptmann Hesters die Gräfin als Kundin empfohlen worden ist. Auch ihm sind von ihr mehrfach Sachen angeboten und seiner Frau zum Teil geschenkt worden.

Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über die Frage, ob die Zeugin das Monogramm auf dem ihr angebotenen Stoff gesehen hat oder nicht. Was in allem ein belangloser und wenig ergebnisreicher Vormittag der die Verhandlung nicht weitergebracht hat.

Am Tage vor der Kaiserproklamation.

Aus dem Kriegstagebuch Friedrichs III.

Die Ausgabe, die Prof. Gesslen im Herbst 1888 aus dem Kriegstagebuch Kaiser Friedrich veröffentlichte, haben damals ungeheure Sensation hervorgerufen. Kaiser Friedrich selbst hat testamentarisch verfügt, daß die Veröffentlichung des Wortlauts erst nach dem Jahre 1922 vorgenommen werden dürfe. Drei Jahre nach Ablauf dieser Frist erscheint jetzt im Verlag H. F. Kochler das Kriegstagebuch als fester Band, herausgegeben von Dr. H. D. Wehner. Wir geben daraus die Schilderung der letzten Besprechung vor der Kaiserkrönung in Versailles.

Versailles, 17. Januar 1871.

Beim König fand nachmittags eine Sitzung statt, welcher Graf Bismarck, Hausminister v. Schlieffen und ich teilnahmen. Als Graf Bismarck dem Hausminister v. Schlieffen im Vorzimmer begegnete, sagte er ihm ziemlich barsch, er begriffe eigentlich nicht, was der Bundeskanzler gemeinschaftlich mit dem Hausminister beim König verhandeln solle. In überbelegtem Zimmer wurde drei Stunden über den Titel des Kaisers, die Benennung des Thronfolgers, die Stellung der kaiserlichen Familie, des Hofes und Meeres zum Reich usw. beraten.

Hinsichtlich des kaiserlichen Titels betannte Graf Bismarck, daß bereits bei den Verfassungsbesprechungen die bayerischen Abgeordneten und Bevollmächtigten die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“ nicht hätten zulassen wollen, und daß er endlich ihnen zultete, aber allerdings, ohne Se. Majestät vorher zu fragen, diejenige eines „Deutschen Kaisers“ zugestanden habe. Diese Bezeichnung, mit welcher gar kein eigentlicher Begriff zu verbinden ist, möglichst dem König eben so wie mir, und wir taten unser Möglichstes, um an ihrer Statt das „von Deutschland“ zu verlangen. Graf Bismarck hielt jedoch dabei, daß, da nun einmal kraft Vereinbarung mit den Bayern jene Benennung in die Verfassung aufgenommen wäre, ja, im gegenwärtigen Augenblick sogar, eine willkürliche Abänderung die übelste Wirkung auf das bayerische Abgeordnetenhaus ausüben müßte. Ferner suchte er zu beweisen, daß der Ausdruck „Kaiser von Deutschland“ eine Territorialmacht tie wir über das Reich gar nicht besitzen, bedeute, während dagegen „Deutscher Kaiser“ die notwendige Souveränität des ehemaligen Imperator romanus sei. So mußten wir uns schließlich, wenn es mir auch gar nicht gefallen will. Der offizielle Titel wird also heißen: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen“, welchem entsprechend auch der der Kaiserin lauten soll. Jedoch soll im gewöhnlichen Sprachgebrauch das „von Deutschland“ zur Verwendung kommen. Die Anrede soll „Ew. Kaiserliche und Königl. Majestät“ lauten, niemals aber das in Oesterreich übliche I. I. zur Anwendung kommen.

Für die Benennung des Thronfolgers und seiner Gemahlin wurden alle nur denkbaren, möglichen und unmöglichen Titulaturen hervorgebracht, bis man bei der eines „Kronprinzen des Deutschen Reichs, Kronprinzen von Preußen“ stehen blieb, ohne daß es jedoch hierüber zu einem endgültigen Beschluß gekommen ist.

Da wir nun durch jene Benennungen ausdrücklich beabsichtigen, keine Territorialmacht über das Reich zu besitzen, so ist der Träger der deutschen Kaiserkrone nicht seinem Leben gewissermaßen aus der königlichen Familie von Preußen allein herausgenommen und als solcher an die Spitze des Reiches gestellt, ohne daß das übrige Haus von diesem Vorgehen berührt wird. Hierdurch wird aber auch meine Ansicht hinwieweil, daß unsere gesamte Familie den kaiserlichen Titel erhalten sollte, vielmehr wird danach nur dem Thronfolger und seiner Gemahlin die „Kaiserliche Hofheit“ zustehen.

Bei diesem Anlaß entspann sich eine recht peinliche Debatte über das Verhältnis von Kaiser zu König, weil Se. Majestät, den alten preussischen Traditionen zuwider, einen Kaiser höher als einen König stellt. Beide Minister und ich mit ihnen widersprachen die er nicht auf entschiedenste unter Berufung auf die historischen Dokumente unserer Archive, in denen König Friedrich I. bei Anerkennung des russischen Zaren als eines Kaisers ausdrücklich hervorgehoben hat, daß derselbe niemals den Vorrang vor dem preussischen König haben dürfe. Ferner wird angeführt, daß König Friedrich Wilhelm I. selbst bei der Begegnung mit dem deutschen Kaiser verlangt habe, gleichzeitig mit demselben in ein Zell, das zwei Eingänge besaß, einzutreten, damit jener nicht den Vorrang vor ihm beanspruche. Endlich hob Graf Bismarck auch noch hervor, daß König Friedrich Wilhelm IV. nur aus der bekannten, ihm persönlich eigentümlichen Demut vor Oesterreich das Prinzip der Unterordnung unter das erzherrzogliche Haus jenes Kaiserstaates eingeführt habe. Der König wurde aber durch jene Besage keineswegs überzeugt, geteilt vielmehr in Horn und erstickte, daß, da König Friedrich Wilhelm III. bei Begegnungen mit Kaiser Alexander I. bestimmt habe, daß letzterem als Kaiser der Vortritt gebühre, auch gegenwärtig der Wille des königlichen Vaters für ihn maßgebend und entscheidend sei. Ferner könnten wir auch unsere Ansprüche auf Rangserhöhung der englischen Königsfamilie gegenüber nicht durchführen, welcher anerkanntermaßen der Vorrang vor allen übrigen Fürsten-

häusern Europas zustehe. Als indessen im Laufe der Verhandlung bestimmt ward, daß unsere Familie ihre gegenwärtige Stellung beibehalten sollte, sprach der König seinerseits wieder das Verlangen aus, die Gleichstellung derselben mit kaiserlichen Häusern auszudrücken. Bestimmt ward schließlich, daß hierüber nichts festgesetzt werden sollte, wobei es unschwer war, die Besorgnis vor des Prinzen Karl Bemerkungen und Anforderungen zu erkennen. Der Entschluß soll bis zum Friedensschluß oder bis zu einer etwaigen Krönung aufgeschoben bleiben.

Für den Hof, den Hausminister soll sich zunächst ebenfalls nichts ändern, auch ist nicht die Rede von einem Reichsministerium; nur der Titel des Grafen Bismarck soll der eines Reichskanzlers werden, wiewohl ihm die gleichnamige Bezeichnung mit dem Grafen Beust in Oesterreich so zuwider ist, daß er austrief, er läme dadurch in eine zu schlechte Gesellschaft.

Die Frage der Reichsfarben erregte wenig Beifall, da der König nichts Wesentliches gegen eine schwarz-weiß-rote Hofrobe einwandte, um so weniger, als, wie er sich ausdrückte, diese nicht wie die schwarz-rot-goldene aus dem Strahlenkranz erstiegen wäre. Doch würde er obige dreifarbig nur neben der preussischen dulden.

Das von Graf Bismarck und mir vorgeschlagene Wappen fand nicht Widerspruch, ward aber auch nicht ausdrücklich angenommen.

Je deutlicher sich nun über die Konsequenzen von „Kaiser und Reich“ im Lauf der Verhandlungen zeigte, desto aufgebracht wurde der König. Schließlich brach er in die Worte aus, nur ein Scheinkaiserum übernehme er, nicht weiter als eine andere Bezeichnung für „Präsident“; er müßte sich mit einem Major vergleichen, dem der „Charakter als Oberstleutnant“ verliehen worden sei. Nun es so weit gekommen wäre, müßte er zwar dieses Kreuz tragen, doch wolle er dafür auch der alleinige sein, weshalb er sich verbiete, daß man von ihm erwarte, der preussischen Armee eine gleiche Zumutung wie seiner eigenen Person zu machen; er wolle daher nichts von einem „kaiserlichen Heere“ hören, weil er wenigstens unsere Armee vor dergleichen bewahren möchte und nicht zulassen dürfte, daß die Truppen gar „deutsche“ Namen und Bezeichnungen abgeben lassen müßten. Die Marine möge die „Kaiserliche“ genannt werden. Ferner sagte er in äußerster Aufregung, er würde und gar nicht zögern, in welcher verzwweifeltsten Stimmung er sich befände, da er morgen von dem alten Preußen, an welchem er allein fechtete und fernest, auch festhalten wolle, es hieß doch die preussische Armee. Hier unterbrachen Schlieffen und Weinen seine Worte. Nun redete ich ihm allen Ernstes gut zu, indem ich auf unsere Hausgeschichte hinwies und kurz schilderte, wie aus dem Burggrafentum die Kurwürde und aus dieser die Krone entstanden sei, wobei die Kurfürsten doch jedesmal ernannt gewesen wären, zu der bis dahin bestehend gewordenen Stellung eine neue hinzuzufügen, ohne dadurch Land oder Haus zu schädigen. Wenn König Friedrich I. einseitig auch nur ein Scheinkönigtum „in“ Preußen geschaffen habe, so wolle doch die preussische Geschichte deutlich genug nach, was aus diesem ursprünglichen Scheinkönigtum geworden sei: so müßte es geworden, daß gegenwärtig die alte deutsche Kaiserwürde auf uns übernehme. Der König wies diese doch unzulässigen historischen Tatsachen förmlich zurück und rief in wüthender Aufregung aus: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stande der Dinge, während ich mir nicht ein Haarbreit daraus mache und nur zu Preußen halte.“ Ich machte ihn noch aufmerksam, daß er so wohl wie eine Nachkommen berufen seien, das gegenwärtig hergestellte Reich zur Wirklichkeit und Wahrheit zu machen — über vergebens! Im höchsten Horn sprach der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der zu morgen angeordneten Feier nichts mehr hören zu wollen.

Unverrichteter Sache und einer den anderen fragend, was nun eigentlich geschehen würde, verließen wir die Präfektur, in welcher eben einer jener Ausritte stattgefunden hatte, die mir nur zu gut bekannt sind, weil ich sie gewöhnlich im Ministerkonseil bei Sr. Majestät erlebt habe, wenn ein bestimmter Entschluß in wichtigen Angelegenheiten gefaßt werden sollte. So heftig wie heute war freilich der König lange nicht geworden, auch hatte er in einer merkwürdigen Weise sich verhalten, die für allezeit bestehende Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, die schon genau Verbruß berieten, noch zu steigern, indem er allen dazwischen vorgedachten Gründen der Laik stets Widerspruch entgegensetzte. Ich war nach diesen Ausritten so unwohl geworden, daß ich mehrlinigen mußte, später erfuhr ich, daß der König abends gar nicht zum Bett gekommen war.

Unter solchen Eindrücken leiteten wir die zu morgen angeordnete großartige deutsche Feier ein! Mein Schwager kam noch abends mit dem Minister v. Schlieffen, der gleich mir ganz krank von den Verhandlungen am Boden war, zu mir. Wir sprachen vereint unser Wille mit dem König, daß sich alles so steif durch Schwärzen erkennen und es dabei ließe, die geringfügigen Dinge über das Wesen des Ganzen zu sehen.

Ungarischer Gesetzentwurf für einen nationalen Kulturfonds.

Budapest, 10. Nov. Unterrichtsminister Graf Klebelsberg unterbreitete in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über einen nationalen Kulturfonds. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß aus dem beschlagnahmten Vermögen des Grafen Michael Karolyi ein Fonds gebildet wird, dessen Erträge zu gewissen Kulturzwecken, Stipendien, Studienzwecken, für Studieninternate, zur Tuberkulosefürsorge, Errichtung eines Sanatoriums für Lungentranke usw. verwendet werden.

Der Kampf um Damaskus.

London, 11. Nov. Die Drusen versuchen immer wieder, die französischen Truppen anzugreifen. Man schätzt die Zahl der Christen, die Damaskus verlassen haben, auf etwa 25 000. 15 000 haben in Beirut Unterschlupf gefunden. Da nur wenige Wege zur Verfügung standen,

so sollen die Kämpfe, um mit fortzukommen, unübersichtlich gewesen sein. Die Franzosen haben augenblicklich etwa 4000 Mann Kavallerie, Maschinengewehre und sonstige berittene Truppenteile zusammengestellt, um die Aufständischen zu umzingeln. Aus französischer Seite hegt man den Optimismus, daß man der Aufständischen Bewegung etwa in einer Woche Herr zu werden gedenke.

Marokkorkriegsbericht.

Paris, 11. Nov. Havas berichtet aus Rabat, daß im westlichen Frontabschnitt einige Trupps Dissidenten in der Nähe der französischen Stellung am Abd Anri festgestellt worden seien. Einige Raids der Senhadia seien, nachdem sie eine Begegnung mit dem Teil ihres Stammes gehabt hätten, der auf der Seite der Dissidenten stehe, wieder zurückgeführt. Von der spanischen Zone wird berichtet, daß die Eingeborenen Truppen ausgeben, da sie mit einer Operation der Spanier rechnen.